STUDIE

Wolfgang Schroeder, Saara Inkinen,
Samuel Greef, Jan Gruhler
Unter Mitarbeit von
Freya Franke und Dmitry Nemirovskiy

Für einen neuen Wachstumspakt

Szenarien zur wirtschaftlichen Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns

Friedrich Ebert Stiftung

Landesbüro
Mecklenburg-Vorpommern

Impressum

Herausgeberin
Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
info@fes.de

Herausgebende Abteilung
Politische Bildung und Dialog,
Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern
schwerin@fes.de

Inhaltliche Verantwortung und Redaktion
Axel Blaschke

Lektorat
Sönke Hallmann

Gestaltung/Satz
Heike Wächter, Berlin

Titelfoto
© picture alliance / PIC ONE / Peter Engelke

Druck und Herstellung
Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH, Bonn

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. (FES). Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der FES dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

Juni 2026
© Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

ISBN: 978-3-98628-893-8

Weitere Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung finden Sie hier:
↗ www.fes.de/publikationen

Friedrich Ebert Stiftung

Wolfgang Schroeder, Saara Inkinen,
Samuel Greef, Jan Gruhler
Unter Mitarbeit von
Freya Franke und Dmitry Nemirovskiy

Für einen neuen Wachstumspakt

Szenarien zur wirtschaftlichen Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns

Inhalt

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis 3

Zusammenfassung 4

Einleitung 5

Wirtschaftliche Ausgangslage 6

Wirtschaftspolitische Orientierungen der gegenwärtig vier umfragestärksten Parteien im Landtag Mecklenburg-Vorpommern 9

- Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) 9
- Die Linke 10
- Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) 10
- Alternative für Deutschland (AfD) 10

Analyse der wirtschaftspolitischen Leitideen der Parteien 12

- Leitidee 1: Der Staat als Motor wirtschaftlicher Entwicklung 12
- Leitidee 2: Der Staat als Ermöglicher wirtschaftlicher Dynamik 12
- Leitidee 3: Der Markt als Taktgeber wirtschaftlicher Entwicklung 12

Szenarien der wirtschaftlichen Entwicklung 14

- Stabilitätsszenario: Fortführung bestehender Entwicklungsmuster 15
- Wachstumsszenario: Staatsreform, koordinierte Erneuerung und selektive Dynamik 15
- Stagnationsszenario: Erosion staatlicher Handlungsfähigkeit und zurückgehende Koordination 16

Orientierungspunkte für einen Wachstumspakt Mecklenburg-Vorpommern 18

Literaturverzeichnis 20

Anhang A: Parlamentarische Anträge und Kleine Anfragen 22

Anhang B: Interviewübersicht 24

Anhang C: Instrumente 25

Über die Autor:innen 26

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1:
Stimmenanteile der Parteien in Mecklenburg-Vorpommern bei der Landtagswahl 2021 und nach aktuellen Umfragewerten (Mai 2026) 9

Abbildung 2:
Struktur der Szenarien 14

Tabelle 1:
Branchenstruktur und Wirtschaftsentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern 6

Tabelle 2:
Tarifbindung der Beschäftigten in Mecklenburg-Vorpommern nach Sektoren 7

Tabelle 3:
Gegenüberstellung parteipolitischer Schwerpunkte 13

Tabelle A1:
Gesamtstruktur wirtschaftspolitischer Initiativen in der 8. Wahlperiode (2021–2026) 22

Tabelle A2:
Fraktionsbezogene Aktivität in der 8. Wahlperiode (2021–2026) 23

Tabelle A3:
Wirtschaftspolitische Anträge der Regierung (SPD und Die Linke) in der 8. Wahlperiode (2021–2026) 23

Tabelle B1:
Geführte Interviews 24

Tabelle C1:
Instrumente 25

Zusammenfassung

Die vorliegende Studie analysiert die Bedingungen wirtschaftlicher Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern und skizziert, unter welchen Voraussetzungen sich daraus ein neuer Wachstumspakt für das Land ergeben kann. Das historisch strukturschwache Mecklenburg-Vorpommern hat in den vergangenen Jahren an wirtschaftlicher Dynamik gewonnen und Chancen genutzt. Gleichwohl ist die Fortführung dieses Entwicklungspfads kein Selbstläufer. Neben fortbestehenden strukturellen Schwächen stellen auch veränderte internationale und bundespolitische Rahmenbedingungen die bisherige Entwicklung infrage.

Vor diesem Hintergrund befasst sich diese Studie mit den wirtschaftspolitischen Orientierungen der politischen Akteure sowie möglichen Entwicklungskorridoren für Mecklenburg-Vorpommern. Auf Grundlage einer Analyse der wirtschaftlichen Ausgangslage, der Positionen der gegenwärtig vier umfragestärksten im Landtag vertretenen Parteien sowie qualitativer Interviews mit wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Akteuren werden drei Szenarien entwickelt.

Die Szenarien markieren unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklungskorridore:

Das Stabilitätsszenario beschreibt die Fortführung bestehender Entwicklungsmuster. Die wirtschaftliche Entwicklung bleibt insgesamt stabil, ohne neue Dynamik zu entfalten. Zentrale Branchen werden konsolidiert, strukturelle Schwächen – insbesondere die geringe industrielle Wertschöpfung, niedrige Löhne und Fachkräfteengpässe – bestehen fort. Mit zunehmendem demografischem und transformatorischem Druck wächst jedoch das Risiko, dass die Sicherung des Status quo immer ressourcenintensiver wird.

Das Wachstumsszenario beschreibt eine Entwicklung, in der es gelingt, bestehende Standortvorteile gezielter zu nutzen und wirtschaftspolitische Maßnahmen stärker zu koordinieren. Neue Impulse entstehen vor allem im Zusammenspiel von Energie-, Industrie- und Wissenschaftspolitik sowie durch den Infrastrukturausbau. Die wirtschaftliche Dynamik nimmt zu, bleibt jedoch selektiv und regional unterschiedlich ausgeprägt.

Das Stagnationsszenario beschreibt eine schleichende Verschlechterung zentraler Standortfaktoren. Die Investitionszurückhaltung nimmt zu, Fachkräfteengpässe verschärfen sich, Tarifbindung und Beschäftigungsqualität gehen zurück. Blockierte Transformationsprojekte und die eingeschränkte staatliche Handlungsfähigkeit führen zu einer zunehmenden Fragmentierung wirtschaftspolitischer Steuerung.

Insgesamt zeigt die Studie, dass die wirtschaftliche Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns weniger von einzelnen Maßnahmen abhängt als vom Zusammenspiel wirtschaftspolitischer Leitideen, wirksamer Koordination, staatlicher Umsetzungskapazität und gesellschaftlicher Akzeptanz. Ein neuer Wachstumspakt für das Land setzt daher vor allem eine Abstimmung politischer Prioritäten, handlungsfähige Institutionen und tragfähige gesellschaftliche Arrangements voraus.

Einleitung

Mecklenburg-Vorpommern ist seit dem frühen 20. Jahrhundert durch eine vergleichsweise geringe Industriedichte, eine schwache Innovations- und Produktivitätsdynamik sowie ausgeprägte regionale Disparitäten geprägt. Nach der Wiedervereinigung kamen zunächst eine sehr hohe Arbeitslosigkeit, später Fachkräfteengpässe und der demografische Wandel als zentrale Herausforderungen hinzu. Trotz dieser strukturellen Belastungen ist es in den vergangenen zehn Jahren gelungen, eine insgesamt stabile wirtschaftliche Entwicklung zu erreichen, die in einzelnen Bereichen auch dynamische Elemente aufweist.

Diese Studie nimmt die Frage in den Blick, unter welchen Bedingungen diese Entwicklung gesichert, weiterentwickelt werden kann oder gefährdet ist. Sie analysiert wirtschaftspolitische Orientierungen, Steuerungslogiken und Handlungsbedingungen in Mecklenburg-Vorpommern, ohne konkrete Maßnahmen zu empfehlen oder zukünftige Entwicklungen vorherzusagen.

Der Begriff eines „neuen Wachstumspakts“ dient in dieser Studie als zusammenfassende Bezeichnung für jene Koordinations-, Umsetzungs- und Akzeptanzbedingungen, die sich aus der Analyse wirtschaftspolitischer Orientierungen, von Leitideen und Szenarien ergeben. Gemeint ist ein dauerhaftes, strategisch ausgerichtetes Zusammenspiel von staatlichen Akteuren, Wirtschaft und organisierten gesellschaftlichen Gruppen, das unter veränderten Rahmenbedingungen die wirtschaftliche Entwicklung ermöglicht. Im Zentrum steht dabei die Fähigkeit, politische Prioritäten zu bündeln, staatliche Handlungs- und Umsetzungskapazitäten zu stärken und gesellschaftliche Akzeptanz für die wirtschaftliche Transformation zu sichern.

Methodisch folgt die Untersuchung einer mehrstufigen, analytisch-rekonstruktiven Vorgehensweise. Ausgangspunkt ist eine Analyse der aktuellen wirtschaftlichen Situation Mecklenburg-Vorpommerns. Darauf aufbauend werden wirtschaftspolitische Orientierungen und Steuerungslogiken herausgearbeitet, die sich aus den Positionen der im Landtag vertretenen Parteien sowie aus deren parlamentarischer Praxis ableiten lassen. Ergänzend wurden qualitative Interviews mit zentralen Akteuren aus Wirtschaft, Gewerkschaften und wirtschaftsnahen Institutionen geführt, um deren Wahrnehmungen, Erwartungen und Problemdeutungen einzubeziehen.

Inhaltlich konzentriert sich die Studie auf drei Analysefelder: Strukturpolitik, Arbeitspolitik und Staatsmodernisierung. Auf dieser Grundlage werden wirtschaftspolitische Leitideen herausgearbeitet, die unterschiedliche Vorstellungen über die Rolle von Staat, Markt und Sozialpartnern bündeln. Diese Leitideen bilden den Ausgangspunkt für die Entwicklung der drei Szenarien, die unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklungskorridore für Mecklenburg-Vorpommern beschreiben.

Wirtschaftliche Ausgangslage

Die wirtschaftliche Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns vollzieht sich unter spezifischen strukturellen, arbeitsmarktlichen und staatlich-institutionellen Bedingungen, die den Handlungsspielraum wirtschaftspolitischer Strategien bestimmen. Diese Bedingungen entscheiden darüber, ob wirtschaftliche Stabilisierung gelingt, wo Erneuerung ansetzen kann und wo strukturelle Grenzen wirksam werden. Kennzeichnend ist eine grundlegende Spannung zwischen vorhandenen wirtschaftlichen Potenzialen und ihrer tatsächlichen Nutzung. Die folgende Darstellung ordnet zentrale empirische Befunde zu diesen Bedingungen ein und schafft damit die Grundlage für die anschließende Analyse.

Ein erster zentraler Bezugspunkt sind die **strukturellen Wertschöpfungsbedingungen und der wirtschaftliche Wandel**, die den **Rahmen strukturpolitischer Entscheidungen im Land** bilden. Sie bestimmen, in welchem Umfang Investitionen möglich sind, wie sich Branchen entwickeln und ob wirtschaftliche Potenziale in nachhaltige Wertschöpfung umgewandelt werden können.

Mecklenburg-Vorpommern verfügt über eine vergleichsweise geringe industrielle Basis und zählt im Bundesvergleich zu den Ländern mit niedriger Industriedichte. Gleichzeitig weist das Land mit 51,8 Prozent eine im ostdeutschen Vergleich hohe Exportquote auf, was die Bedeutung außenwirtschaftlich orientierter Branchen zeigt. Die Wirtschaftsstruktur ist stark dienstleistungsgeprägt; zentrale Rollen spielen insbesondere der Tourismus, die Ernährungswirtschaft, die Gesundheitswirtschaft, die maritime Wirtschaft sowie die erneuerbaren Energien (vgl. Tabelle 1; Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern 2025; 2026).

In den vergangenen Jahren hat sich die wirtschaftliche Entwicklung insgesamt stabilisiert. Seit 2021 verzeichnet Mecklenburg-Vorpommern ein moderates, aber kontinuierliches Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP), das

Tab. 1

Branchenstruktur und Wirtschaftsentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern

Branche	**Erwerbstätige** (% aller Erw.)	**Bruttowertschöpfung** (Mrd. Euro)	**Auf-/ Abwärtsentwicklung**
Land- und Forstwirtschaft	21.000 (2,8)	1,8	konstant
Produzierendes Gewerbe	142.400 (18,7)	13,6	konstant
maritime Wirtschaft	37.314	6,9	konstant
Ernährungswirtschaft	14.500	4,5	konstant
Automobil- und Maschinenbau	11.000	4,7	negativ (Inland) positiv (Ausland)
Energiewirtschaft (erneuerbare Energien)	8.000	k. A.	positiv
Dienstleistungsbereiche	593.000 (78,0)	40,0	(leicht) negativ/konstant
Tourismus/Gastgewerbe	48.500	3,3	konstant
Gesundheitswirtschaft	170.000	6,8	positiv
öff./sonstige Dienstleister	293.600	18,0	konstant
Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister; Grundstücks- und Wohnungswesen	109.700	11,0	konstant
MV-Gesamt	**757.000**	**63,6**	**+1,4 % (preisbereinigt)**

Anmerkung: Alle Angaben sind gerundet und entstammen hauptsächlich der volkswirtschaftlichen MV-Gesamtrechnung (Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern 2025: 106). Aufgrund disparater Angaben und Ergänzungen können einzelne Teilwerte von der Gesamtsumme abweichen.

Quelle: eigene Darstellung basierend auf Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern 2025 und 2026; IHK Mecklenburg-Vorpommern 2025.

zeitweise über dem Bundesdurchschnitt lag. Mehrere Leitbranchen konnten ihre wirtschaftliche Bedeutung behaupten oder ausbauen. Diese Stabilisierung bildet einen wichtigen Ausgangspunkt für die weitere wirtschaftliche Entwicklung, ersetzt jedoch keine strukturelle Erneuerung.

Zugleich bleibt die wirtschaftliche Entwicklung durch eine zurückhaltende Investitionstätigkeit geprägt. Unternehmensbefragungen zeigen, dass Investitionsentscheidungen häufig defensiv ausfallen. Ausschlaggebend sind weniger kurzfristige konjunkturelle Schwankungen als strukturelle Unsicherheiten, etwa bei wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, der Planungssicherheit und Genehmigungsprozessen. Auch in Bereichen mit grundsätzlich positiven Marktchancen werden Investitionen daher vielfach aufgeschoben oder begrenzt (vgl. u. a. IHK Mecklenburg-Vorpommern 2026; IHK Neubrandenburg 2026a).

Eng damit verbunden ist die Innovationsdynamik des Landes. Mecklenburg-Vorpommern weist im Bundesvergleich weiterhin eine geringe innovationsbezogene Aktivität auf. Zwar bestehen leistungsfähige Hochschul- und Forschungseinrichtungen, doch der Transfer von Forschungsergebnissen in marktfähige Produkte und Prozesse gelingt bislang nur eingeschränkt. Innovationsprozesse bleiben häufig fragmentiert und erreichen nur punktuell die Breite der Wirtschaft (Deutsches Patent- und Markenamt 2026).

Ein zweiter zentraler Bezugspunkt sind **Arbeitsmarkt, Demografie und Fachkräftesicherung**, die die wirtschaftliche Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns stark beeinflussen und den **Handlungsspielraum arbeitspolitischer Strategien** bestimmen. Sie wirken unmittelbar auf Investitionsentscheidungen, Standortattraktivität und die Umsetzung wirtschaftlicher Transformationsprozesse.

Der Arbeitsmarkt in Mecklenburg-Vorpommern hat sich in den vergangenen Jahren deutlich stabilisiert. Die Arbeitslosigkeit ist im langfristigen Vergleich stark zurückgegangen und liegt heute mit rund 8,6 Prozent unter dem Niveau der frühen 2000er Jahre, als die Arbeitslosenquote wie in 2005 noch bei über 20 Prozent lag. In mehreren Branchen ist es gelungen, Beschäftigung zu sichern und teilweise auszubauen. Diese Entwicklung bildet eine wichtige Grundlage für die weitere wirtschaftliche Entwicklung des Landes (Bundesagentur für Arbeit 2026; Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern 2025).

Gleichzeitig weist der Arbeitsmarkt eine besondere Konstellation auf: Fachkräfteengpässe bestehen trotz im deutschlandweiten Vergleich hoher Arbeitslosigkeit fort. Diese Gleichzeitigkeit legt qualifikatorische und regionale Mismatches offen, die die Nutzung vorhandener Arbeitskräftepotenziale erschweren. Regionale Unterschiede innerhalb des Landes verstärken diese Spannungen zusätzlich und beeinflussen die Standortentscheidungen von Unternehmen.

Wichtiger Treiber dieser Entwicklung ist der demografische Wandel. Mecklenburg-Vorpommern zählt inzwischen zu den Bundesländern mit einer besonders alten Bevölkerungsstruktur. Das Durchschnittsalter der Bevölkerung lag 2024 bei 48,1 Jahren (Bundesdurchschnitt: 44,6 Jahre). Der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter nimmt ab, während der Anteil älterer Menschen weiter steigt. Diese Entwicklung verstärkt bestehende Fachkräfteengpässe und erhöht den Druck auf Arbeitsmarkt, Unternehmen und öffentliche Strukturen. Ohne zusätzliche Erwerbspotenziale lassen sich wirtschaftliche Stabilisierung und Erneuerung nur begrenzt erreichen (Statistisches Bundesamt Destatis 2025a, 2025b, 2026).

Hinzu kommen arbeitsmarktliche Strukturmerkmale, die die Standortattraktivität beeinflussen. Mecklenburg-Vorpommern weist im Bundesvergleich weiterhin ein niedriges Lohnniveau und eine geringe Tarifbindung auf (vgl. Tabelle 2). Zwar sind die Entgelte in den vergangenen Jahren gestiegen, der Abstand zu anderen Bundesländern bleibt aber bestehen. In vielen Branchen dominieren kleine Betriebe mit begrenzten Spielräumen bei der Lohn- und Arbeitszeitgestaltung, was die Bindung von Fachkräften erschwert. Die Stärkung tariflicher Standards bleibt damit ein relevanter Faktor für die langfristige Arbeitsmarktattraktivität (Schröder et al. 2021; Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern 2025).

Tab. 2

Tarifbindung der Beschäftigten in Mecklenburg-Vorpommern nach Sektoren

Sektoren	Tarifbindung (in %)
Öffentliche Verwaltung	99,0
Gesundheits- und Sozialwesen	52,0
Handel	33,0
Gastgewerbe	28,0
Dienstleistungsbereich Verkehr, Lagerei, Information und Kommunikation	25,0
Land- und Forstwirtschaft	10,0
MV-Gesamt	**44,0**

Quelle: eigene Darstellung basierend auf Schröder et al. 2021: 26, 28.

Vor diesem Hintergrund gewinnt die qualifizierte Zuwanderung für den Arbeitsmarkt an Bedeutung. Bereits heute leisten ausländische Arbeitskräfte in einzelnen Branchen einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Beschäftigung, insbesondere im Tourismus und in dienstleistungsnahen Bereichen. So war zuletzt mehr als jede:r vierte (28 Prozent) Beschäftigte im Gastgewerbe in Mecklenburg-Vorpommern ausländischer Herkunft (IHK Mecklenburg-Vorpommern 2026). Dabei zeigt sich, dass Fachkräftegewinnung nicht allein von formalen Verfahren abhängt, sondern auch vom gesellschaftlichen Klima und den Integrations-

bedingungen. Arbeitsmarkt- und Fachkräftepolitik wirken damit über rein ökonomische Fragen hinaus und beeinflussen die soziale Akzeptanz wirtschaftlicher Transformationsprozesse.

Der dritte Bezugspunkt sind die **staatlichen und administrativen Rahmenbedingungen**, die die Umsetzung wirtschaftlicher Vorhaben prägen und sich **durch Staatsmodernisierung gezielt verbessern lassen.** Sie bestimmen, wie verlässlich Entscheidungen getroffen, wie schnell Investitionen realisiert werden und wie effektiv die politische Koordination zwischen Staat, Wirtschaft und weiteren Akteuren gelingt.

In den vergangenen Jahren wurden in Mecklenburg-Vorpommern in einzelnen Bereichen Fortschritte bei der Modernisierung staatlicher Verfahren erzielt, insbesondere bei der Verwaltungsdigitalisierung. Gleichwohl bestehen weiterhin Entwicklungspotenziale hinsichtlich der Effizienz und der Umsetzungsgeschwindigkeit. Im bundesweiten Vergleich rangiert Mecklenburg-Vorpommern im Bereich „Governance und Verwaltung“ im Bitkom-Länderindex 2026 auf einem der hinteren Plätze (Bitkom 2026). Das weist auf anhaltende strukturelle Schwächen in der administrativen Leistungsfähigkeit hin, wobei jüngere Reform- und Digitalisierungsinitiativen des Landes voraussichtlich erst mit zeitlicher Verzögerung in solchen Vergleichsindikatoren sichtbar werden.

Besonders deutlich zeigt sich hier das weitere Optimierungspotenzial in den Planungs- und Genehmigungsverfahren. Komplexe Zuständigkeiten, lange Verfahrenslaufzeiten und begrenzte personelle Ressourcen wirken sich unmittelbar auf Investitionsentscheidungen und Transformationsprojekte aus. So lag die durchschnittliche Genehmigungsdauer für Windenergieanlagen im Jahr 2024 bei rund 50 Monaten und damit deutlich über dem bundesweiten Durchschnitt. Solche Verzögerungen erhöhen die unternehmerische Unsicherheit, binden Ressourcen und bremsen die wirtschaftliche Dynamik (Quentin 2023; 2025).

Zugleich verdeutlicht die Analyse, dass staatliche Handlungsfähigkeit nicht allein von formalen Regelungen abhängt, sondern auch von Koordination und Umsetzungsfähigkeit. Wo Zuständigkeiten klar definiert sind und Verwaltung, Wirtschaft sowie weitere Akteure koordiniert zusammenarbeiten, lassen sich Investitionen und Ansiedlungen deutlich effizienter realisieren. Umgekehrt verstärken fehlende Abstimmung und fragmentierte Zuständigkeiten die in den anderen Bereichen genannten Entwicklungshemmnisse.

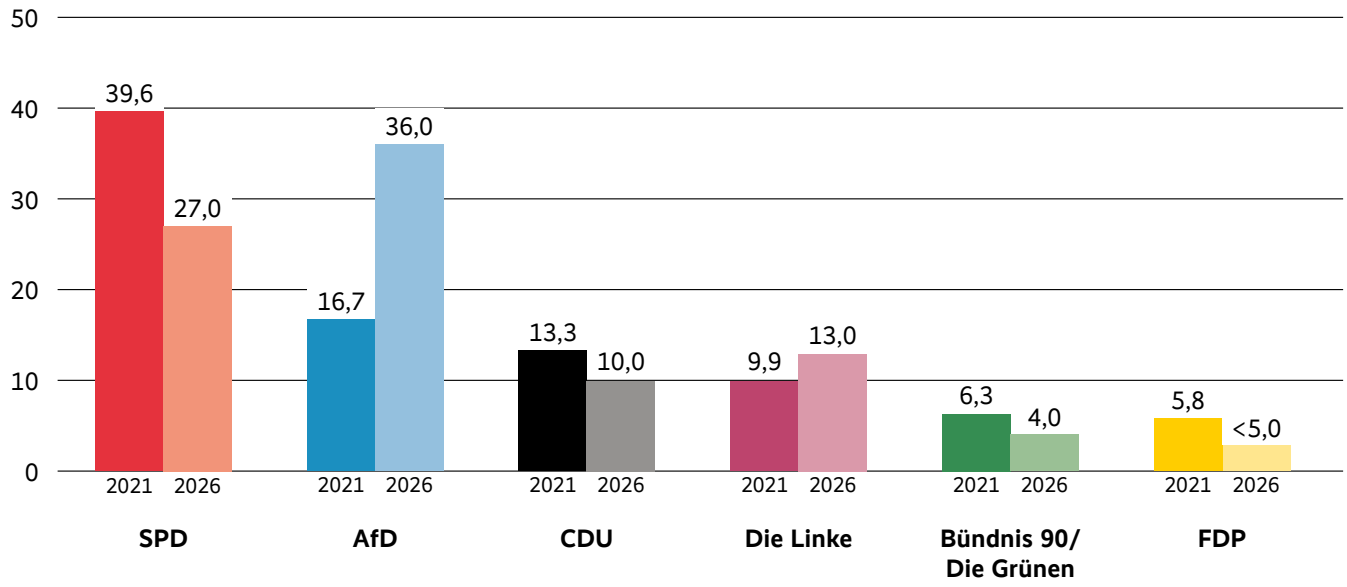
Die staatlichen und administrativen Rahmenbedingungen wirken damit als Querschnittsfaktor für alle zentralen wirtschaftlichen Entwicklungsfelder. Sie beeinflussen sowohl die Nutzung struktureller Wertschöpfungspotenziale als auch die Attraktivität des Arbeitsmarktes sowie die gesellschaftliche Akzeptanz wirtschaftlicher Transformationsprozesse. Diese Zusammenhänge, die in den zurückliegenden Legislaturperioden bereits weiterentwickelt wurden, bilden die Grundlage für die im weiteren Verlauf skizzierten Leitideen und Szenarien und leiten zur vergleichenden Betrachtung der wirtschaftspolitischen Orientierungen der Landtagsparteien über.

Wirtschaftspolitische Orientierungen der gegenwärtig vier umfragestärksten Parteien im Landtag Mecklenburg-Vorpommern

Abb. 1

Stimmenanteile der Parteien in Mecklenburg-Vorpommern bei der Landtagswahl 2021 und nach aktuellen Umfragewerten (Mai 2026)

Stimmenanteile in %



Quelle: eigene Darstellung basierend auf Landeswahlleiter Mecklenburg-Vorpommern 2021 und Infratest dimap 2026.
Für Bündnis 90/Die Grünen und die FDP liegen die aktuellen Umfragewerte jeweils unter fünf Prozent.

Die folgenden Kurzprofile zeigen, wie die im Landtag Mecklenburg-Vorpommern vertretenen Regierungs- und Oppositionsparteien auf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen reagieren und welche wirtschaftspolitischen Schwerpunkte sie setzen. Im Mittelpunkt stehen dabei ihre zentralen wirtschaftspolitischen Grundausrichtungen, Prioritätensetzungen und Steuerungsansätze. Ziel ist es, zentrale Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den Parteien klar herauszuarbeiten und die Ableitung wirtschaftspolitischer Leitideen vorzubereiten. Abbildung 1 verdeutlicht ergänzend die parteipolitischen Kräfteverhältnisse im Land.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

Die SPD verbindet wirtschaftliche Entwicklung mit sozialem Ausgleich und ökologischer Transformation. Wirtschaftliches Wachstum gilt der SPD nicht als Selbstzweck, sondern als Teil eines sozial-ökologischen Modernisierungsprojekts, das gesellschaftlichen Zusammenhalt und langfristige Standortstabilität sichern soll.

Im Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Ausrichtung der SPD stehen eine aktive staatliche Rolle in der Industrie- und Strukturpolitik sowie die Nutzung der Energiewende als Entwicklungschance. Der Ausbau erneuerbarer Energien, die Wasserstoffwirtschaft, die maritime Wirtschaft sowie energiebezogene Infrastrukturprojekte werden als strategische Ansatzpunkte zur Stärkung der regionalen Wertschöpfung betrachtet. Ergänzend setzt die SPD auf Investitionen in Digitalisierung, Infrastruktur und Verwaltungsmodernisierung, um Planungs- und Genehmigungsprozesse zu beschleunigen.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Arbeitsmarkt- und Fachkräftepolitik. Qualifizierung, eine koordinierte Fachkräftestrategie sowie die Steigerung der Attraktivität des Arbeitsmarktes werden als zentrale Voraussetzungen für die wirtschaftliche Entwicklung verstanden. Dabei betont die SPD tarifliche Standards, sozialpartnerschaftliche

Kooperation und die Mitbestimmung der Beschäftigten als stabilisierende Faktoren in Transformationsprozessen.

Insgesamt weist die wirtschaftspolitische Ausrichtung der SPD eine deutliche Nähe zur Leitidee **„Staat als Motor wirtschaftlicher Entwicklung“** auf. Kennzeichnend sind dabei der Anspruch auf aktive staatliche Koordination, strategische Nutzung von Investitionen sowie die sozial- und arbeitsmarktpolitische Flankierung wirtschaftlicher Transformation.

Die Linke

Die Linke verbindet wirtschaftliche Entwicklung eng mit sozialer Gerechtigkeit, öffentlicher Daseinsvorsorge und aktiver staatlicher Steuerung. Ausgangspunkt ist eine Krisendiagnose, die strukturelle Defizite, niedrige Einkommen, geringe Tarifbindung und soziale Ungleichheiten als zentrale Entwicklungshemmnisse sieht. Wirtschaftspolitische Probleme werden dabei primär als Ausdruck struktureller Ungleichgewichte verstanden und weniger als Folge staatlicher Fehlanreize.

Inhaltlich setzt die Partei auf eine ausgeprägte staatliche Rolle in der Struktur- und Industriepolitik, öffentliche Investitionen, die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe sowie auf eine aktive Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Besondere Schwerpunkte liegen in der Gesundheitswirtschaft, der maritimen Industrie, der Energiewende sowie in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zur Verbesserung von Löhnen, Arbeitsbedingungen und Tarifbindung. Industriepolitische Konzepte sollen gemeinsam mit den Sozialpartnern entwickelt werden; marktorientierte Steuerungsansätze spielen dabei eine untergeordnete Rolle. In der Energiepolitik betont Die Linke eine sozial ausgerichtete Energiewende und lehnt eine militärisch geprägte industriepolitische Ausrichtung ab.

Im Vergleich zur SPD ist die wirtschaftspolitische Position der Partei stärker auf Umverteilung, Regulierung und öffentliche Steuerung ausgerichtet. Wirtschaftliche Modernisierung versteht Die Linke nicht als wettbewerbsgetriebenen Prozess, sondern als politisch gestalteten Strukturwandel mit klarer sozialer Zielsetzung.

Insgesamt ist Die Linke der Leitidee **„Staat als Motor wirtschaftlicher Entwicklung“** zuzuordnen, wobei der Schwerpunkt stärker auf sozialer Regulierung, öffentlicher Daseinsvorsorge und Verteilungsfragen liegt als auf industrie- oder innovationspolitischer Dynamisierung.

Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)

Die CDU will die wirtschaftliche Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns vor allem durch verbesserte Rahmenbedingungen, effizientere Verfahren und private Investitionsanreize fördern. Aus ihrer Sicht liegen die zentralen Ursachen wirtschaftlicher Probleme weniger in der Wirtschaftsstruktur selbst als in staatlichen Verfahren, regulatorischen Anforderungen und fehlender Planungssicherheit. Wirtschaftliche Modernisierung wird grundsätzlich als politisch gestaltbar verstanden, insbesondere durch Ordnungspolitik, Deregulierung und eine investitionsfreundliche Ausgestaltung des staatlichen Handelns.

Inhaltlich setzt die CDU ihre Schwerpunkte auf Bürokratieabbau, beschleunigte Genehmigungsverfahren, Digitalisierung der Verwaltung sowie die Stärkung kleiner und mittlerer Unternehmen. Infrastruktur- und Energieprojekte werden als zentrale Hebel zur Erhöhung der Standortattraktivität betrachtet, wobei die Energiepolitik stärker unter Gesichtspunkten der Versorgungssicherheit, Kostenbelastung und gesellschaftlicher Akzeptanz diskutiert wird. Zur Sicherung des Arbeitskräfteangebots betont die CDU anreizorientierte Instrumente, insbesondere im Ausbildungsbereich, und unterstreicht die Bedeutung von Unternehmertum und Eigenverantwortung. Die Tarifautonomie gilt der CDU als tragende Säule der sozialen Marktwirtschaft; weitergehende staatliche Eingriffe in Lohn- und Tarifstrukturen bewertet sie zurückhaltend.

Insgesamt lässt sich die wirtschaftspolitische Ausrichtung der CDU der Leitidee **„Staat als Ermöglicher wirtschaftlicher Dynamik“** zuordnen. Charakteristisch sind der Fokus auf effiziente Rahmenbedingungen, institutionelle Reformen und angebotsorientierte Steuerung bei begrenzter staatlicher Eingriffstiefe.

Alternative für Deutschland (AfD)

Die AfD will wirtschaftliche Entwicklung vor allem über Marktmechanismen, Deregulierung und Kostenentlastung fördern. Ihre Krisendiagnose konzentriert sich auf Bürokratie, steuerliche Belastungen und staatliche Regulierung, die aus Sicht der Partei unternehmerische Initiative und Wettbewerbsfähigkeit einschränken. Staatliche Steuerung bewertet die AfD grundsätzlich kritisch und will sie auf möglichst schlanke Rahmenbedingungen beschränken.

Inhaltlich setzt die AfD Schwerpunkte auf Steuersenkungen, Bürokratieabbau und eine restriktive Ausgestaltung der staatlichen Förder- und Vergabepolitik. Industrie- und Strukturpolitik wird nur selektiv befürwortet, insbesondere dort, wo sie als Sicherung bestehender regionaler Wertschöpfung oder strategischer Branchen interpretiert wird, etwa im Bereich der maritimen Wirtschaft oder der Gesundheitswirtschaft. In der Energiepolitik nimmt die AfD eine abweichende Position ein, indem sie zentrale Transformationsprozesse wie den Ausbau erneuerbarer Energien ablehnt und stattdessen auf konventionelle Energiequellen setzt. Arbeitsmarkt- und Fachkräftepolitik versteht die AfD überwiegend kosten- und angebotsorientiert; Zuwanderung behandelt sie restriktiv und als nachrangiges Instrument.

Insgesamt ist die wirtschaftspolitische Ausrichtung der AfD der Leitidee **„Markt als Taktgeber wirtschaftlicher Entwicklung“** zuzuordnen. Kennzeichnend sind der Vorrang marktlicher Steuerungsmechanismen, eine deutliche Skepsis gegenüber staatlicher Koordination sowie eine begrenzte Offenheit gegenüber selektiven staatlichen Eingriffen zur Sicherung regionaler Wirtschaftsstrukturen.

Zentrale wirtschaftspolitische Leitgedanken der Parteien

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

- Aktive Struktur- und Arbeitsmarktpolitik
- Energiewende als wirtschaftliche Entwicklungschance
- Verwaltungsmodernisierung und koordinierende staatliche Rolle

Die Linke

- Öffentliche Steuerung und soziale Regulierung wirtschaftlicher Entwicklung
- Stärkung regionaler Wertschöpfung und öffentlicher Daseinsvorsorge
- Arbeitsmarkt- und Verteilungspolitik als zentrale Hebel

Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)

- Verbesserung wirtschaftlicher Rahmenbedingungen und Effizienz staatlichen Handelns
- Bürokratieabbau, Digitalisierung und investitionsfreundliche Verwaltung
- Anreizorientierte Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik

Alternative für Deutschland (AfD)

- Markt- und kostenorientierte Steuerung wirtschaftlicher Entwicklung
- Deregulierung und steuerliche Entlastung wirtschaftlicher Akteure
- Selektive staatliche Eingriffe zur Sicherung bestehender Wirtschaftsstrukturen

Analyse der wirtschaftspolitischen Leitideen der Parteien

Die Analyse der wirtschaftspolitischen Positionen der Parteien im Landtag Mecklenburg-Vorpommern zeigt, dass sich die Unterschiede weniger in der Benennung zentraler Herausforderungen als in den zugrunde liegenden Annahmen darüber zeigen, wie wirtschaftliche Entwicklung gesteuert werden soll. Im Mittelpunkt steht die Frage, welche Rolle Staat, Markt und Sozialpartner einnehmen und welche Instrumente sie jeweils bevorzugen. Tabelle 3 fasst die zentralen wirtschaftspolitischen Schwerpunkte der vier Parteien in den drei Analysefeldern zusammen.

Um diese Unterschiede systematisch vergleichbar zu machen, werden die Ergebnisse der Parteianalyse im Folgenden zu den drei schon genannten wirtschaftspolitischen Leitideen zusammengeführt. Diese Leitideen sind keine politischen Programme, Zielmodelle oder Kompromissformeln. Vielmehr handelt es sich um idealtypische Ordnungs- und Steuerungsvorstellungen, die aus den Parteiprofilen abgeleitet wurden und wiederkehrende Muster in Krisendiagnosen, Zielvorstellungen und der Instrumentenwahl bündeln. Sie abstrahieren bewusst von einzelnen Parteien, auch wenn sie empirisch auf deren Programmen und parlamentarischer Praxis beruhen.

Die Leitideen bilden damit eine analytische Zwischenebene: Sie ermöglichen es, parteipolitische Positionen nicht isoliert zu betrachten, sondern diese als Ausdruck übergreifender wirtschaftspolitischer Grundlogiken zu verstehen. Mit diesem Vorgehen können die Parteianalysen mit den im nächsten Kapitel entwickelten Szenarien schlüssig verbunden werden.

Leitidee 1: Der Staat als Motor wirtschaftlicher Entwicklung

Diese wirtschaftspolitische Leitidee geht davon aus, dass die wirtschaftliche Entwicklung in einem strukturschwachen und transformationsgeprägten Land wie Mecklenburg-Vorpommern nicht primär von Marktprozessen getragen wird. Vielmehr kommt dem Staat eine aktive Rolle bei der Initiierung, Koordination und Absicherung der wirtschaftlichen Entwicklung zu. Kennzeichnend ist die Verbindung einer aktiven staatlichen Struktur- und Industriepolitik mit einer sozial- und arbeitsmarktpolitischen Flankierung der Transformation. Öffentliche Investitionen, der Ausbau von Verkehrs-, Energie- und Digitalinfrastruktur sowie die strategische Bündelung wirtschaftlicher Aktivitäten gelten als Voraussetzungen für eine langfristige Entwicklung. Gleichzeitig gelten Fachkräftesicherung, Tarifbindung und akzeptable Arbeitsbedingungen als zentrale Bestandteile wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und Standortattraktivität.

Staatliche Verwaltungsmodernisierung gilt innerhalb dieser Leitidee nicht als Rückzug, sondern als Voraussetzung aktiver Steuerung. Leistungsfähige, koordinationsstarke Institutionen gelten als notwendige Bedingung, um Transformationsprozesse wirksam umzusetzen und gesellschaftliche Akzeptanz zu sichern.

Leitidee 2: Der Staat als Ermöglicher wirtschaftlicher Dynamik

Die zweite wirtschaftspolitische Leitidee begreift wirtschaftliche Entwicklung ebenfalls als politisch gestaltbar, setzt jedoch den Schwerpunkt auf günstige Rahmenbedingungen für private Investitionen und unternehmerische Aktivitäten. Staatliches Handeln zielt hier primär darauf ab, Hemmnisse abzubauen, Verfahren zu beschleunigen und verlässliche Anreize zu setzen, ohne dauerhaft in wirtschaftliche Prozesse einzugreifen.

Im Vordergrund stehen Bürokratieabbau, beschleunigte Genehmigungsverfahren, Investitionen in Infrastruktur und Digitalisierung sowie eine effiziente Verwaltung. Strukturpolitische Eingriffe gelten eher als unterstützend denn als strategisch lenkend. Arbeitsmarkt- und Fachkräftepolitik orientieren sich vor allem an Attraktivitäts- und Anreizlogiken; weitergehende staatliche Eingriffe in Einkommens- und Tarifstrukturen werden als nachrangig gewertet. Staatsmodernisierung spielt in dieser Leitidee eine Schlüsselrolle, da Effizienz, Serviceorientierung und Umsetzungsgeschwindigkeit zentrale Voraussetzungen wirtschaftlicher Dynamik sind.

Leitidee 3: Der Markt als Taktgeber wirtschaftlicher Entwicklung

Die dritte wirtschaftspolitische Leitidee geht davon aus, dass wirtschaftliche Dynamik primär durch Marktprozesse entsteht und staatliche Eingriffe häufig hemmend wirken. Wirtschaftspolitische Probleme gelten vor allem als Folge hoher Kosten, starker Regulierung und unzureichender Wettbewerbsbedingungen.

Tab. 3

Gegenüberstellung parteipolitischer Schwerpunkte

Politikfeld	SPD	Die Linke	CDU	AfD
Strukturpolitik	aktiver Staat in Kooperation mit Kommunen	staatlich geprägte Daseinsvorsorge	angebotsorientierter Staat	Skepsis gegenüber staatlicher Industriepolitik
	Fokus auf Infrastruktur	Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe und nachhaltiger Projekte	Fokus auf förderliche Rahmenbedingungen für Unternehmen	Fokus auf regionale Wirtschaft, Leitbranchen
	stabile Rahmenbedingungen für Unternehmen	Re-Kommunalisierung	steuerliche Entlastung	strukturelle Entlastung
	mehr öffentliche Investitionen	mehr öffentliche Investitionen	mehr Anreize für private Investitionen	mehr Anreize für private Investitionen
Arbeitspolitik	koordinierende Rolle des Staates	umverteilungsorientierte staatliche Eingriffe	Wettbewerbsorientierung, weniger staatliche Gesamtsteuerung	weniger staatliche Steuerung
	soziale Flankierung wirtschaftlicher Entwicklung, Mindestlohnorientierung	soziale Gerechtigkeit: Arbeitsbedingungen, Löhne verbessern; bessere Bildung	Fokus auf Wachstum und individuelle Einkommen	Fokus auf Kaufkraft und Entlastung (z. B. Energiepreise)
	Kombination aus Fachkräfte- und Sozialpolitik	Fachkräftesicherung durch Lohnpolitik	anreizorientiert: Ausbildungsprämien, Engpassberufe fördern	Fokus auf inländische Arbeitskräfte; kritische Haltung zu Zuwanderung
	Tarifbindung durch Tariftreue	Tarifbindung stärken	Tarifbindung aufweichen	Kritik an Tariftreue-Gesetz
Staatsmodernisierung	Fokus auf Effizienz und Kooperation	Fokus auf leistungsfähige Verwaltung	Fokus auf Vereinfachung von Verfahren	Fokus auf Reduktion staatlicher Eingriffe; Überregulierung abbauen
	Entbürokratisierung	Entbürokratisierung	Entbürokratisierung	Verwaltung verschlanken
	Digitalisierung vorantreiben	Digitalisierung vorantreiben	Digitalisierung vorantreiben	Digitalisierung vorantreiben

Quelle: eigene Darstellung basierend auf den Parteiprogrammen, Anfragen und Anträgen im Landtag der im Landtag Mecklenburg-Vorpommern vertretenen Parteien.

Entsprechend liegt der Fokus auf Deregulierung, steuerlicher Entlastung und dem Abbau regulatorischer Hürden. Staatliche Struktur- oder Industriepolitik wird skeptisch gesehen und allenfalls selektiv zur Sicherung bestehender regionaler Wertschöpfung akzeptiert. Arbeitsmarkt- und Einkommensfragen werden überwiegend marktlich verstanden; staatliche Koordination oder Regulierung spielt dabei eine nachgeordnete Rolle.

Staatsmodernisierung wird im Rahmen dieser Leitidee vor allem als Verschlankung staatlicher Strukturen verstanden. Bürokratieabbau gilt als zentraler wirtschaftspolitischer Hebel, während die koordinierenden oder regulativen Funktionen des Staates bewusst begrenzt werden.

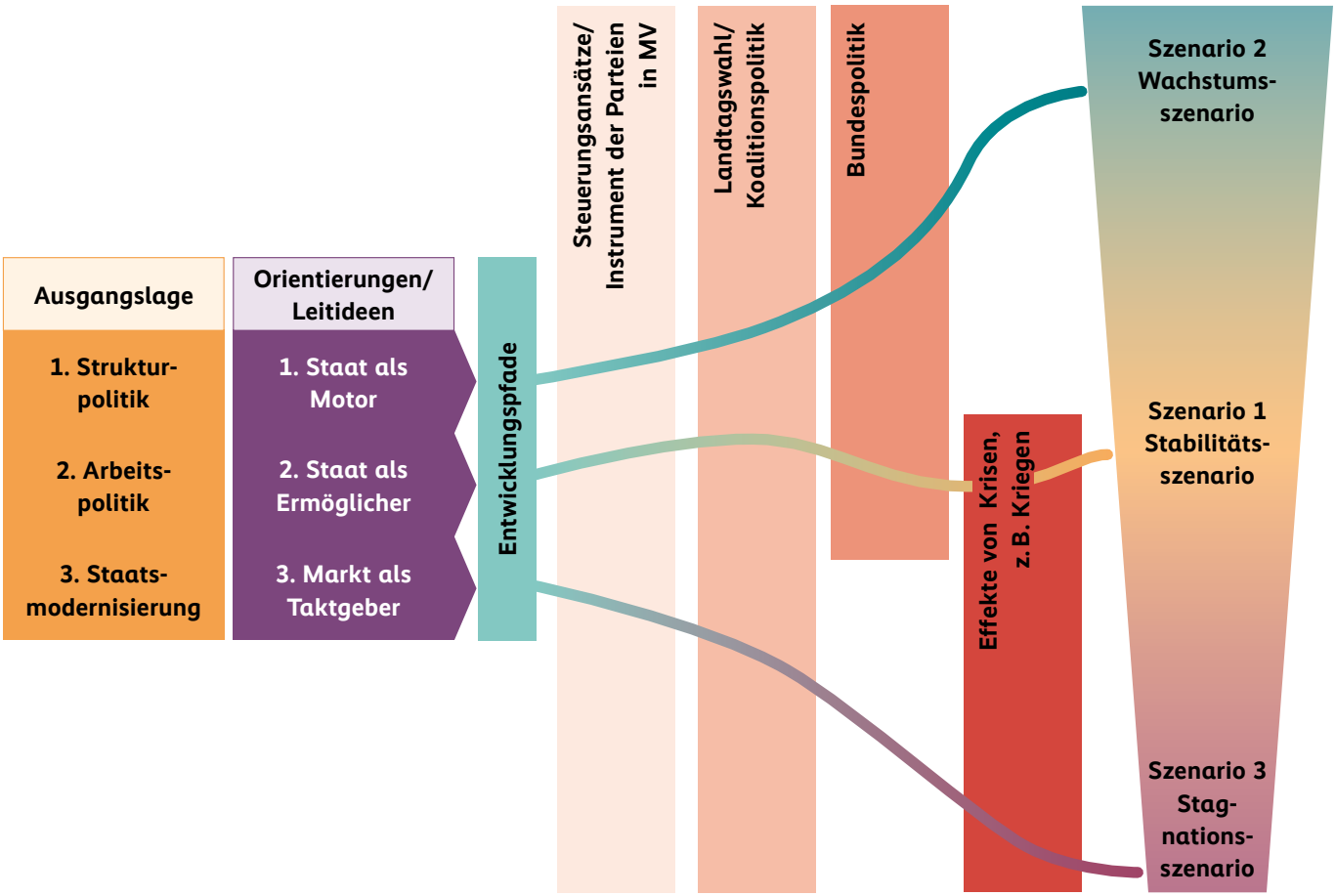
Szenarien der wirtschaftlichen Entwicklung

Die drei wirtschaftspolitischen Leitideen sind bewusst idealtypisch angelegt. In der politischen Praxis finden sich häufig Mischformen und Überschneidungen; dennoch ermöglichen sie eine klare analytische Trennung unterschiedlicher wirtschaftspolitischer Grundlogiken. Auf ihrer Grundlage werden in diesem Kapitel daher drei Szenarien der wirtschaftlichen Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns beschrieben (vgl. Abbildung 2), die diese Leitideen aufgreifen, ohne sie eins zu eins zu übernehmen. Die Szenarien zeigen, wie sich zentrale wirtschaftliche Strukturen, Politikfelder und Handlungszusammenhänge entwickeln könnten, wenn unterschiedliche wirtschaftspolitische Orientierungen über einen längeren Zeitraum hinweg wirksam verfolgt werden.

Die Szenarien basieren sowohl auf programmatischen und parlamentarischen Positionen der Parteien als auch auf Einschätzungen, Erwartungen und Problemdeutungen aus

Abb. 2

Struktur der Szenarien



Anmerkung: modellhafte Darstellung der Entwicklungspfade unter Berücksichtigung hauptsächlich inländischer Steuerungsebenen. Die vertikale Anordnung der Szenarien in der Abbildung dient der Veranschaulichung unterschiedlicher Entwicklungskorridore und stellt keine Rangfolge oder Bewertung dar.

Quelle: eigene Darstellung.

den Interviews mit wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Akteuren. Die Interviewaussagen beziehen sich überwiegend auf gegenwärtige Erfahrungen und Wahrnehmungen. Sie werden genutzt, um aufzuzeigen, wie sich bereits heute erkennbare Dynamiken unter unterschiedlichen politischen und institutionellen Bedingungen fortsetzen oder verändern könnten.

Allen Szenarien liegt die Annahme zugrunde, dass keine extremen exogenen Schocks eintreten, die die wirtschaftliche Entwicklung kurzfristig grundlegend verändern. Die Unterschiede zwischen den Szenarien ergeben sich daher weniger aus äußeren Ereignissen als aus dem **Grad wirtschaftspolitischer Koordination, staatlicher Handlungs- und Umsetzungskapazitäten sowie der Fähigkeit, gesellschaftliche Konflikte produktiv zu bearbeiten.** Die Szenarien markieren entsprechend unterschiedliche Entwicklungskorridore zwischen Stabilisierung, selektiver Erneuerung und schleichender Erosion.

Stabilitätsszenario: Fortführung bestehender Entwicklungsmuster

Dieses Szenario beschreibt eine Entwicklung, in der es Mecklenburg-Vorpommern gelingt, bestehende wirtschaftliche Strukturen und Koordinationsmechanismen aufrechtzuerhalten. Der in den vergangenen Jahren eingeschlagene wirtschaftspolitische Kurs wird fortgeführt, ohne dass es zu einem strukturellen Entwicklungssprung kommt.

Zentrale Wirtschaftsbereiche wie die maritime Wirtschaft, der Tourismus, die Ernährungs- und Gesundheitswirtschaft können weiter konsolidiert werden. Angesichts der restriktiven weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist dies kein Selbstläufer. Mehrere Akteure beschreiben diesen Entwicklungspfad als „auf niedrigem Niveau stabil“ (IB2), ohne größere Einbrüche, aber auch ohne spürbare Dynamisierung. Auch aus Sicht der regionalen Wirtschaft gilt, dass Mecklenburg-Vorpommern „in Krisen nicht so stark fällt, aber auch nicht von Aufschwüngen profitiert“ (IW2).

Strukturpolitisch ist dieses Szenario durch einen inkrementellen Ansatz gekennzeichnet. Bestehende Förderprogramme, Infrastrukturmaßnahmen und sektorale Unterstützungsinstrumente werden fortgeführt. Der Staat agiert vor allem stabilisierend und reagierend. Öffentliche Investitionen, Fördermaßnahmen für Leitbranchen sowie energie- und industriepolitische Einzelprojekte sichern das erreichte Niveau. Angebots- und rahmenorientierte Maßnahmen wie Bürokratieabbau oder steuerliche Entlastungen entfalten punktuelle Wirkungen, reichen jedoch nicht aus, um neue Investitionsdynamiken auszulösen. Aus Sicht vieler Unternehmen wirken unsichere Rahmenbedingungen weiterhin investitionshemmend: „Die Unternehmen investieren nicht, weil die Rahmenbedingungen unsicher sind. Förderprogramme helfen wenig, wenn Vertrauen fehlt“ (IW2).

Arbeitspolitisch bleibt der Fachkräftemangel ein zentrales strukturelles Problem. Maßnahmen zur Fachkräftesicherung, Qualifizierung und Zuwanderung werden fortgeführt, erzielen jedoch nur begrenzte Effekte. Niedrige Löhne und eine geringe Tarifbindung wirken weiterhin hemmend auf Fachkräftegewinnung und Zuzug. Gewerkschaftliche Akteure betonen, dass kostenorientierte Wettbewerbsstrategien langfristig an ihre Grenzen stoßen und Abwanderung begünstigen: „Das Modell ‚deutscher Billiglohnstandort‘ war kein nachhaltiger Weg. Es führt zu Abwanderung und schwächt die Zukunftsfähigkeit“ (IB2). Zugleich wird anerkannt, dass die Landesregierung erste Schritte zu einer stärkeren Orientierung an Tarifpartnern und Mindeststandards unternommen hat, deren Wirkungen bislang jedoch begrenzt bleiben.

Die **Staatsmodernisierung** kommt in diesem Szenario punktuell voran, ohne grundlegende Vollzugs- und Genehmigungshemmnisse systematisch abzubauen. Verwaltung und Verbände bleiben handlungsfähig, entfalten jedoch nur begrenzt eine koordinierende Wirkung. Insgesamt bleiben die bestehenden Steuerungsstrukturen funktionsfähig, erzeugen jedoch keine neue wirtschaftliche Dynamik. Das zentrale Risiko besteht darin, dass die Sicherung dieses stabilen, aber wenig dynamischen Niveaus mit zunehmendem demografischem und wirtschaftlichem Druck immer ressourcenintensiver wird.

Wachstumsszenario: Staatsreform, koordinierte Erneuerung und selektive Dynamik

Dieses Szenario beschreibt eine Entwicklung, in der es Mecklenburg-Vorpommern unter günstigen politischen und institutionellen Voraussetzungen gelingt, in ausgewählten Bereichen neue wirtschaftliche Dynamik zu entfalten. Die wirtschaftliche Entwicklung gewinnt an Tempo, ohne jedoch flächendeckend oder gleichmäßig zu verlaufen. Vielmehr entstehen neue Impulse in einzelnen Branchen, Regionen und Politikfeldern, die das bestehende Entwicklungsniveau schrittweise anheben.

Strukturell setzt dieses Szenario darauf, vorhandene Standortvorteile systematischer zu nutzen und bislang nur lose miteinander verbundene Politikfelder stärker zu integrieren. Insbesondere im Zusammenspiel von Energiewende, Industrie, Wissenschaft und Infrastruktur eröffnen sich neue Entwicklungsmöglichkeiten. Die industrielle Basis bleibt insgesamt begrenzt, wird jedoch in ausgewählten Segmenten – etwa im Umfeld erneuerbarer Energien, in sicherheits- und verteidigungsbezogenen Aktivitäten sowie in der Gesundheitswirtschaft – gestärkt. Akteure aus Wirtschaft und Verwaltung halten diese Entwicklung für realistisch, verweisen jedoch auf hohe Voraussetzungen, insbesondere eine stärkere Verzahnung von Energie-, Industrie- und Qualifizierungspolitik. So wird betont, dass das Land „ech-

te Chancen“ habe, wenn diese Branchen „zusammengedacht würden“ (IW6).

Strukturpolitisch zeichnet sich dieses Szenario durch eine deutlich höhere Koordinationsfähigkeit aus. Staatliche Akteure agieren strategischer und verbindender, ohne unternehmerische Handlungsspielräume grundlegend einzuschränken. Investitionen in erneuerbare Energien, industrielle Wertschöpfung, digitale Infrastruktur sowie die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft werden gezielt vorangetrieben. Instrumente wie Förderprogramme, beschleunigte Genehmigungsverfahren und strategische Ansiedlungspolitik entfalten eine höhere Wirkung, da sie konsistenter umgesetzt und besser aufeinander abgestimmt werden. Aus Sicht der Wirtschaftsförderung zeigt sich, dass dort, „wo Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft koordiniert handeln, Ansiedlungen funktionieren“ (IW8).

Ergänzend gewinnt die internationale Dimension an Bedeutung. Eine klarer ausgerichtete Internationalisierungsstrategie, insbesondere im Ostseeraum, eröffnet zusätzliche Kooperations- und Fachkräftepotenziale. Diese bestehen vor allem in einer vertieften Zusammenarbeit der Bereiche maritime Wirtschaft, Energie, Logistik, Forschung und Qualifizierung sowie in der Gewinnung von Fachkräften aus dem Ostseeraum. Bestehende grenzüberschreitende Ansätze werden intensiver genutzt, ohne ihr Potenzial bereits vollständig auszuschöpfen (IW1; IW5).

Arbeitspolitisch stellen sich spürbare, aber selektive Verbesserungen ein. Durch gezielte Fachkräftegewinnung, Qualifizierungsmaßnahmen und moderate Verbesserungen der Arbeitsbedingungen gelingt es, zusätzliche Arbeitskräfte zu gewinnen und Abwanderungstendenzen zu begrenzen. Der demografische Wandel bleibt eine Herausforderung, wird jedoch teilweise durch qualifizierte Zuwanderung und eine höhere Erwerbsbeteiligung kompensiert. Neben formalen Verfahren spielt auch das gesellschaftliche Umfeld eine zentrale Rolle: Die Fachkräftegewinnung scheitert aus Sicht der Akteure „nicht nur an Verfahren“, sondern „auch an der wahrgenommenen gesellschaftlichen Atmosphäre“ (IB2). Eine verbesserte Willkommenskultur in Unternehmen und Gesellschaft kann daher wesentlich dazu beitragen, Fachkräfte zu gewinnen, zu binden und die Umsetzung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen zu unterstützen.

Auch in Einkommens- und Tariffragen zeigen sich moderate Fortschritte. In einzelnen Branchen steigen Löhne und Beschäftigungsqualität, was die Standortattraktivität erhöht. Instrumente wie Tariftreue, Qualifizierungsprogramme oder branchenspezifische Vereinbarungen unterstützen die Fachkräftegewinnung und die Akzeptanz von Transformationsprozessen, ohne bestehende Disparitäten vollständig aufzulösen.

Die **Staatsmodernisierung** kommt in diesem Szenario spürbar voran. Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Verbände handeln stärker koordiniert, ohne grundlegende Interessenkonflikte vollständig aufzulösen. Bürokratische Hemmnisse werden in zentralen Bereichen abgebaut, die Umsetzungsgeschwindigkeit steigt. Besonders deutlich zeigt sich dies im Bereich der Energiewende: Politische Lernprozesse führen hier zu einer strategischeren Umsetzung und beschleunigen zentrale Transformationsprojekte. Aus Sicht beteiligter Akteure wird damit eingelöst, dass das Land in diesem Feld „weiter sein könnte als andere“ (IW7). Gleichwohl bleibt die Dynamik dieses Szenarios selektiv und konzentriert sich auf einzelne Bereiche – insbesondere energiebezogene Industrien, die maritime Wirtschaft, wissensintensive Dienstleistungen sowie Teile des Tourismus –, während andere Wirtschaftssegmente nur begrenzt profitieren.

Stagnationsszenario: Erosion staatlicher Handlungsfähigkeit und zurückgehende Koordination

Dieses Szenario beschreibt eine Entwicklung, in der die bisherigen wirtschaftlichen Erfolge Mecklenburg-Vorpommerns zunehmend unter Druck geraten und Attraktivität sowie Leistungsfähigkeit des Landes als Wirtschafts- und Arbeitsstandort schrittweise abnehmen. Kennzeichnend ist kein abruptes Krisenereignis, sondern eine fortschreitende Erosion wirtschaftspolitischer Koordination, staatlicher Umsetzungskapazität und gesellschaftlicher Akzeptanz.

Aus struktureller Perspektive bleibt Mecklenburg-Vorpommern durch eine geringe industrielle Verankerung, eine begrenzte Innovations- und Produktivitätsdynamik sowie zunehmenden demografischen Druck geprägt. Anders als im Stabilitätsszenario gelingt es jedoch nicht mehr, diese Faktoren durch bestehende Koordinations- und Steuerungsmechanismen abzufedern. Investitionen gehen zurück, da Unternehmen unsichere Rahmenbedingungen, widersprüchliche politische Signale und eine nachlassende staatliche Handlungsfähigkeit wahrnehmen. Wirtschaftsnahe Akteure beschreiben diese Entwicklung als Folge eines wachsenden Umsetzungsdefizits: Zwar gebe es „gute Konzepte und Strategiepapiere“, es fehle jedoch „der politische Wille zur Umsetzung“ (IW3). Verstärkt werde dies durch „fehlende interministerielle Zusammenarbeit und fehlende finanzielle Mittel“ (IW3).

Die **Strukturpolitik** verliert in diesem Szenario an Steuerungskraft. Förderinstrumente werden fragmentiert eingesetzt und politische Kontroversen verzögern Entscheidungen. Angebots- bzw. deregulierungspolitische Ansätze entfalten unter Bedingungen sinkender Planungssicherheit keine investitionsfördernde Wirkung. Unternehmen reagieren defensiv, bestehende Branchen geraten unter Druck, ohne dass neue Entwicklungsperspektiven entstehen. Unter diesen Bedingungen erscheint Investitionszurückhaltung aus Sicht der Wirtschaft rational: „Die Unternehmen investieren nicht, weil die Rahmenbedingungen unsicher sind“ (IW2).

Arbeitspolitisch verschärft sich die Lage weiter. Fachkräftemangel und demografischer Wandel treffen auf eine sinkende Attraktivität der Arbeitsplätze im Land und zunehmende Abwanderungstendenzen. Gewerkschaftliche Akteure warnen, dass die Fortsetzung kostenorientierter Anpassungsstrategien die Entwicklungsfähigkeit des Landes untergräbt. Auch in industriegeprägten Bereichen wird betont, dass Standortverlagerungen häufig weniger strategische Entscheidungen als Reaktionen auf ungünstige Rahmenbedingungen darstellen (IW6). Unter diesen Bedingungen erscheint die Gewinnung zusätzlicher qualifizierter Zuwanderung nur eingeschränkt realistisch.

In Einkommens- und Verteilungsfragen nehmen Konflikte zu. Instrumente wie Tariftreue oder arbeitsmarktpolitische Flankierungen verlieren an Reichweite oder werden politisch infrage gestellt. Gleichzeitig entfalten markt- und kostenorientierte Ansätze keine stabilisierende Wirkung auf Beschäftigung und Einkommen. Die soziale Akzeptanz wirtschaftlicher Entwicklung nimmt spürbar ab.

Besonders deutlich zeigen sich Defizite der **Staatsmodernisierung** in der Energie- und Infrastrukturpolitik. Politische Konflikte, gesellschaftliche Polarisierung und administrative Engpässe führen dazu, dass zentrale Transformationsprojekte blockiert oder verzögert werden. Akteure aus dem Bereich der erneuerbaren Energien berichten von einer zunehmenden politischen Blockade; Windenergie sei „politisch unerwünscht geworden“ (IW7). Netzengpässe, fehlende Speicher und lange Genehmigungszeiten verstärken diese Entwicklung zusätzlich.

Insgesamt beschreibt dieses Szenario eine Entwicklung, in der staatliche Koordinations- und Steuerungsfähigkeit zunehmend eingeschränkt ist und marktliche Anpassungsmechanismen allein nicht ausreichen, um strukturelle Schwächen auszugleichen. Die wirtschaftliche Entwicklung verläuft unter diesen Bedingungen zunehmend konfliktbehaft und risikobehaftet, ohne dass ein klarer stabilisierender oder erneuernder Kurs erkennbar ist.

Orientierungspunkte für einen Wachstumspakt Mecklenburg-Vorpommern

Die folgenden Orientierungspunkte bündeln abschließend die zentralen Voraussetzungen, die sich aus der Analyse als tragend für einen neuen Wachstumspakt in Mecklenburg-Vorpommern herausstellen. Sie stellen keinen Maßnahmenkatalog und keine ausgearbeitete Strategie dar, sondern einen analytisch begründeten Orientierungsrahmen.

Über alle Szenarien hinweg zeigen sich drei entscheidende Faktoren: **wirtschaftspolitische Koordination**, **staatliche Handlungs- und Umsetzungskapazität** sowie **gesellschaftliche Akzeptanz wirtschaftlicher Transformation**. An ihnen entscheidet sich, ob die wirtschaftliche Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern stabilisiert, erneuert oder geschwächt wird.

Koordination als politische Kernaufgabe weiterentwickeln

Die Analyse zeigt, dass sich ein Wachstumspakt nur dann herausbilden kann, wenn politische Prioritäten, Programme und Akteure gut aufeinander abgestimmt sind. Deshalb ist es zentral, Koordination selbst als politische Kernaufgabe weiterzuentwickeln. Dies betrifft sowohl die Abstimmung zwischen Ressorts als auch die Zusammenarbeit mit Kommunen, Verbänden und wirtschaftlichen Akteuren. Klare Zuständigkeiten, verlässliche Entscheidungswege und ein gemeinsames Verständnis strategischer Ziele erhöhen die Wirksamkeit bestehender Instrumente und Programme.

Ein noch besser koordinierter und regelmäßig überprüfter landesweiter Entwicklungsrahmen kann hierbei als Orientierungsinstrument dienen, sofern er bestehende Maßnahmen bündelt und keine zusätzlichen Planungsebenen schafft. Eine solche Bündelung wirkt kleinteiligem Vorgehen entgegen, schafft Voraussetzungen für koordinierte Erneuerung im Wachstumsszenario und mindert das Risiko strategischer Orientierungslosigkeit.

Staatliche Umsetzungskapazität gezielt stärken

Lange Genehmigungszeiten, komplexe Förderverfahren und unklare Zuständigkeiten verzögern Investitionen, erhöhen die Unsicherheit und schwächen das Vertrauen. Daraus ergibt sich die klare Orientierung, bestehende Vollzugs- und Umsetzungskapazitäten gezielt zu stärken, statt neue Zielsetzungen hinzuzufügen. Dies betrifft insbesondere die Beschleunigung von Entscheidungs- und Genehmigungsprozessen, die stärkere Digitalisierung von Verfahren, klarere Zuständigkeitsregelungen sowie eine bürokratiearme Ausgestaltung von Förder- und Verwaltungsprozessen.

Staatsmodernisierung ist in diesem Sinne keine Nebenbedingung, sondern eine wirtschaftspolitische Schlüsselgröße. Priorität haben Vereinfachung, Beschleunigung und klare Verantwortlichkeiten dort, wo Investitionen, Transformationsprojekte und Ansiedlungen konkret scheitern oder ins Stocken geraten. Eine handlungsfähige Verwaltung erhöht die Umsetzungsgeschwindigkeit, reduziert Konflikte und schafft Verlässlichkeit – alles Voraussetzungen, die sowohl für Stabilisierung als auch für Erneuerung entscheidend sind.

Energie- und Industriepolitik konsequent zusammendenken

Die Energiewende bietet Mecklenburg-Vorpommern erhebliche Chancen für wirtschaftliche Entwicklung, industrielle Wertschöpfung und Beschäftigung. Entscheidend für den Wachstumspakt ist, ob energiepolitische Potenziale systematisch mit industrie-, innovations- und strukturpolitischen Zielsetzungen verbunden werden.

Energie- und Industriepolitik sind daher als gemeinsames, miteinander verflochtenes Entwicklungsprojekt zu verstehen. Dies betrifft sowohl den Ausbau von Netzen, Speicher- und Infrastrukturlösungen als auch die gezielte Ansiedlung energiebezogener und energieintensiver Industrien. Auch bundespolitische Investitionsprogramme – etwa im Kontext der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie oder der Transformation energieintensiver Branchen – können wichtige Impulse setzen. Gelingt diese Verzahnung nicht, besteht die Gefahr, dass zeitlich begrenzte Entwicklungschancen ungenutzt bleiben.

Arbeitsmarktattraktivität als wirtschaftspolitische Schlüsselgröße begreifen

Die Attraktivität des Arbeitsmarktes beeinflusst die Fachkräftegewinnung, die Bindung von Beschäftigten und Investitionsentscheidungen. Ob Stabilisierung gelingt, eine selektive Dynamik entsteht oder Erosion einsetzt, hängt maßgeblich davon ab, wie Arbeits- und Lebensbedingungen im Land wahrgenommen werden.

Arbeitsmarktattraktivität entsteht nicht allein durch Qualifizierung, sondern durch das Zusammenspiel von Einkommen, Tarifbindung, Arbeitsbedingungen, Lebensqualität und gesellschaftlicher Offenheit. Eine einseitige Orientierung am Kostenwettbewerb erhöht das Abwanderungsrisiko und schwächt die Standortbindung. Demgegenüber können integrative Ansätze die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit sowie die Voraussetzungen für selektive Erneuerung verbessern.

Eine klare Orientierung liegt darin, Arbeitsmarkt- und Fachkräftepolitik als Querschnittsaufgabe zu behandeln. Maßnahmen zur Qualifizierung, zur Stärkung tariflicher Standards und zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen sollten gemeinsam konzipiert und konsequent umgesetzt werden. Werden diese Dimensionen vernachlässigt, nehmen die im Stagnationsszenario beschriebenen Abwanderungs- und Erosionsrisiken zu.

Zuwanderung, Internationalisierung und Ostseeraum strategisch nutzen

Zuwanderung und Internationalisierung sind zentrale Faktoren für wirtschaftliche Stabilisierung und Erneuerung in Mecklenburg-Vorpommern. Angesichts des demografischen Wandels und anhaltender Fachkräfteengpässe ist Zuwanderung keine optionale Ergänzung, sondern ein struktureller Bestandteil wirtschaftlicher Entwicklung. Arbeitsmarktattraktivität, Fachkräftebindung und Investitionsentscheidungen hängen wesentlich davon ab, wie offen und integrationsfähig das Land wahrgenommen wird.

Zuwanderungs- und Integrationspolitik sollten daher konsequent als Teil der wirtschaftlichen Standortpolitik verstanden werden. Formale Verfahren allein reichen nicht aus; entscheidend sind verlässliche Strukturen, klare Zuständigkeiten und ein gesellschaftliches Umfeld, das Ankommen und Bleiben ermöglicht. Ergänzend eröffnet eine strategisch klar ausgerichtete Internationalisierung, insbesondere im Ostseeraum, zusätzliche Kooperations- und Fachkräftepotenziale. Bislang nur punktuell genutzte Formen grenzüberschreitender Zusammenarbeit können dazu beitragen, selektive Dynamiken zu fördern und Risiken von Abschottung und Erosion zu mindern.

Konfliktbearbeitung und gesellschaftliche Akzeptanz institutionalisieren

Zentrale wirtschaftspolitische Transformationsprozesse – insbesondere in den Bereichen Energie, Infrastruktur und Industrie – sind mit erheblichen Interessenkonflikten verbunden. Die Analyse zeigt, dass fehlende Akzeptanz nicht nur gesellschaftliche Spannungen erzeugt, sondern auch die Umsetzung wirtschaftspolitischer Vorhaben unmittelbar bremst. Konfliktbearbeitung und Akzeptanzsicherung sind daher Voraussetzungen wirksamer Steuerung.

Entscheidend ist, Konfliktbearbeitung systematisch zu institutionalisieren. Instrumente der Bürgerbeteiligung, etwa im Rahmen des Bürgerbeteiligungsgesetzes, sollten nicht primär als formale Anforderungen verstanden werden, sondern als Mittel vorausschauender Umsetzungssicherung. Frühzeitige Beteiligung, transparente Verfahren und verlässliche Rückkopplung erhöhen die Akzeptanz und reduzieren Verzögerungen. Eine institutionalisierte Konfliktbearbeitung ermöglicht tragfähige Erneuerungsprozesse im Wachstumsszenario und mindert Eskalations- und Blockaderisiken im Stagnationsszenario.

Insgesamt zeigen die Orientierungspunkte, dass die wirtschaftliche Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns maßgeblich davon abhängt, wie konsequent Koordination, staatliche Umsetzungskapazitäten und gesellschaftliche Akzeptanz miteinander verbunden werden. Wo dies der Fall ist, eröffnen sich Spielräume für einen Wachstumspakt; wo es nicht der Fall ist, verfestigen sich die in den Szenarien beschriebenen Risiken.

Orientierungspunkte für einen Wachstumspakt MV

- → Koordination als politische Kernaufgabe weiterentwickeln
- → Staatliche Umsetzungskapazität gezielt stärken
- → Energie- und Industriepolitik konsequent zusammendenken
- → Arbeitsmarktattraktivität als wirtschaftspolitische Schlüsselgröße begreifen
- → Zuwanderung, Internationalisierung und Ostseeraum strategisch nutzen
- → Konfliktbearbeitung und gesellschaftliche Akzeptanz institutionalisieren

Literaturverzeichnis

AfD Mecklenburg-Vorpommern (2026): Bereit für die blaue Wende: AfD-Regierungsprogramm zur Landtagswahl 2026, Neubrandenburg.

BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsprojektionen (2025): Langfristige Folgen von Demografie und Strukturwandel für das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern, https://www.bibb.de/dokumente/pdf/Bundesland-Dossier%20_8_Mecklenburg-Vorpommern_W8.pdf (26.5.2026).

Bitkom (2026): Bitkom Länderindex 2026, Berlin, https://www.bitkom.org/Laenderindex/2026 (28.5.2026).

Bundesagentur für Arbeit (2026): Statistik der Bundesagentur für Arbeit: Mecklenburg-Vorpommern, Land, https://statistik.arbeitsagentur.de/Auswahl/raeumlicher-Geltungsbereich/Politische-Gebietsstruktur/Bundeslaender-SGBII/Mecklenburg-Vorpommern-SGBII.html (29.5.2026).

Bund-Länder Demografie Portal (2026): Altersstruktur der Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern, https://www.demografie-portal.de/DE/Fakten/bevoelkerung-altersstruktur-mecklenburg-vorpommern.html (28.5.2026).

CDU Mecklenburg-Vorpommern (2019): Grundsatzprogramm der CDU Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin.

CDU Mecklenburg-Vorpommern (2026): 9-Punkte-Plan 2026, Schwerin.

Deutsches Patent- und Markenamt (2026): Aktuelle Statistiken: Patente, https://www.dpma.de/dpma/veroeffentlichungen/statistiken/patente/index.html (26.5.2026).

Destatis (2026): Arbeitslosenquote in Deutschland, https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Konjunkturindikatoren/Arbeitsmarkt/arb210a.html (26.5.2026).

Die Linke Mecklenburg-Vorpommern (2021): Landtagswahlprogramm Mecklenburg-Vorpommern 2021, Schwerin.

Die Linke Fraktion Mecklenburg-Vorpommern (2023): Bau von Konverterplattformen in Warnemünde gut für Wirtschaftsstandort und Energiewende, https://www.linksfraktionmv.de/presse/pressemeldungen/detail/news/bau-von-konverterplattformen-in-warnemuende-gut-fuer-wirtschaftsstandort-und-energiewende/ (26.5.2026).

Die Linke Fraktion Mecklenburg-Vorpommern (2025): Angriffen auf den Sozialstaat entschieden entgegenstellen, Pressemitteilung vom 14.11.2025, https://www.linksfraktionmv.de/presse/pressemeldungen/detail/news/angriffen-auf-den-sozialstaat-entschieden-entgegenstellen/ (28.4.2026).

Die Linke Fraktion Mecklenburg-Vorpommern (2026a): Mythos „Lifestyle-Teilzeit“ entzaubert: Teilzeit in MV ist weiblich und oft unfreiwillig, Pressemitteilung vom 24.3.2026, https://www.linksfraktionmv.de/presse/pressemeldungen/detail/news/mythos-lifestyle-teilzeit-entzaubert-teilzeit-in-mv-ist-weiblich-und-oft-unfreiwillig/ (28.4.2026).

Die Linke Fraktion Mecklenburg-Vorpommern (2026b): Robuste Arbeitsmarktentwicklung im Land darf den Blick auf Probleme spezifischer Zielgruppen nicht verstellen, Pressemitteilung vom 27.2.2026, https://www.linksfraktionmv.de/presse/pressemeldungen/detail/news/robuste-arbeitsmarktentwicklung-im-land-darf-den-blick-auf-probleme-spezifischer-zielgruppen-nicht-verstellen/ (28.4.2026).

Die Linke Rostock (2023): Keinen roten Teppich für die Rüstungsindustrie, https://www.dielinke-rostock.de/presse/detail/keinen-roten-teppich-fuer-die-ruestungsindustrie/ (26.5.2026).

Die Linke Vorpommern-Rügen (2026): Bundesregierung lässt Menschen im Stich: Spritpreise explodieren, Entlastung bleibt aus, https://www.die-linke-vorpommern-ruegen.de/politik/meldungen/detail/news/bundesregierung-laesst-menschen-im-stich-spritpreise-explodieren-entlastung-bleibt-aus/ (28.4.2026).

Die Zeit (2026): Zahl der Erwerbstätigen im Nordosten weiter gesunken, https://www.zeit.de/news/2026-03/19/zahl-der-erwerbstaetigen-im-nordosten-weiter-gesunken (11.6.2026).

IHK Neubrandenburg (2026a): Wirtschaft setzt klare Erwartungen zur Landtagswahl 2026, https://www.neubrandenburg.ihk.de/suche/presse/wirtschaft-setzt-klare-erwartungen-zur-landtagswahl-2026 (26.5.2026).

IHK Neubrandenburg (2026b): Ergebnisse Konjunkturumfrage der IHK Neubrandenburg für das östliche Mecklenburg-Vorpommern, https://www.neubrandenburg.ihk.de/fileadmin/user_upload/Standortpolitik/Konjunktur_und_Statistik/Konjunkturumfrage/IHK-NB_Konjunktur_FS_2026.pdf (26.5.2026).

IHK Rostock (2026): Die Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern zu Jahresbeginn 2026, https://www.ihk.de/rostock/standortpolitik/konjunktur/konjunktur-mv-jahresbeginn-2026-6965918 (26.5.2026).

Infratest dimap (2026): Mecklenburg-Vorpommern TREND Mai 2026, Erhebung im Auftrag des NDR, Befragung vom 7.–11.5.2026, https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/mecklenburg-vorpommern/laendertrend/2026/mai/ (26.5.2026).

Landtag Mecklenburg-Vorpommern (2025): Geothermie in Mecklenburg-Vorpommern voranbringen: Investitionen durch Absicherung des Fündigkeitsrisikos ermöglichen, Drucksache 8/4638, 8. Wahlperiode, Schwerin.

Landtag Mecklenburg-Vorpommern (2025): Für mehr Akzeptanz beim Windenergieausbau: Flexibilisierung der Länderöffnungsklausel und bedarfsgerechte Abstandsregelungen, Drucksache 8/5438, 8. Wahlperiode, Schwerin.

Landtag Mecklenburg-Vorpommern (2025): Kosten der Dekarbonisierung des Wohnungsbestandes in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 8/5176, 8. Wahlperiode, Schwerin.

Landtag Mecklenburg-Vorpommern (2025): Maritime Wirtschaft stärken: Zukunft gemeinsam mit dem Bund nachhaltig gestalten, Drucksache 8/5685, 8. Wahlperiode, Schwerin.

Landtag Mecklenburg-Vorpommern (2025): MV als digitale Schaltzentrale etablieren. Ansiedlungsoffensive für Rechenzentren in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 8/5440, 8. Wahlperiode, Schwerin, Landtag Mecklenburg-Vorpommern.

Landtag Mecklenburg-Vorpommern (2026): Unternehmertum wertschätzen und stärken statt ausbremsen, Drucksache 8/6173, 8. Wahlperiode, Schwerin.

Landtag Mecklenburg-Vorpommern (2026): Bestellung eines schnellen Regional-Express Rostock–Schwerin–Hamburg als Kompensation für weggefallene ICE-Verbindungen, Drucksache 8/6247, 8. Wahlperiode, Schwerin, Landtag Mecklenburg-Vorpommern.

Landtag Mecklenburg-Vorpommern (2026): Prüfung einer direkten Bahnverbindung Rostock–Greifswald über Tessin und Grimmen, Drucksache 8/6242, 8. Wahlperiode, Schwerin.

Landtag Mecklenburg-Vorpommern (2026): Bedarfsgesteuerte Nachtkennzeichnung bei Windenergieanlagen in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 8/5835, 8. Wahlperiode, Schwerin.

Landtag Mecklenburg-Vorpommern (2026): Schutz von unzerschnittenen landschaftlichen Freiräumen vor dem Hintergrund des Infrastrukturausbaus und der Energiewende, Drucksache 8/6223, 8. Wahlperiode, Schwerin.

Landeswahlleiter (2021): Landtagswahl am 26. September 2021 in Mecklenburg-Vorpommern, Kurzüberblick, https://www.laiv-mv.de/Wahlen/Landtagswahlen/2021/ (28.5.2026).

Quentin, Jürgen (2023): Typische Verfahrenslaufzeiten von Windenergieprojekten. Empirische Datenanalyse für den Zeitraum 2011 bis 2022, Berlin: Fachagentur Windenergie an Land, https://www.fachagentur-wind-solar.de/fileadmin/Veroeffentlichungen/Wind/Analysen/FA_Wind_Analyse_typischer_Verfahrenslaufzeiten_06-2023.pdf (28.5.2026).

Quentin, Jürgen (2025): Status des Windenergieausbaus an Land in Deutschland. 1. Halbjahr 2025, Fachagentur Wind und Solar, Berlin, https://www.fachagentur-wind-solar.de/fileadmin/Veroeffentlichungen/Wind/Daten/FA_Wind_Solar_Status_des_Windenergieausbaus_an_Land_Halbjahr_2025.pdf (28.5.2026).

Sozialpolitik aktuell (2025): Demografische Quotienten: Alten-, Jugend- und Gesamtquotient 1960–2070, https://www.sozialpolitik-aktuell.de/files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Bevoelkerung/Datensammlung/PDF-Dateien/abbVII99.pdf (28.5.2026).

SPD Mecklenburg-Vorpommern (2026): Entwurf Regierungsprogramm 2026–2031: Unser Plan für ein starkes, gerechtes und modernes MV, Schwerin, https://spd-mv.de/uploads/bilderpool/2-Mecklenburg-Vorpommern/politische-Kampagnen/Programm-Beteiligung_2026/Entwurf-Regierungsprogramm26.pdf (29.5.2026).

Statista (2025): Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) in den Bundesländern in Deutschland im Jahr 2025, https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1465155/umfrage/wirtschaftswachstum-in-den-bundeslaendern/ (26.5.2026).

Statista (2026): Gehaltsvergleich: Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) in den Bundesländern in Deutschland im Jahr 2025, https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1465155/umfrage/wirtschaftswachstum-in-den-bundeslaendern/ (26.5.2026).

Statistisches Bundesamt Destatis (2025a): 35 Jahre Deutsche Einheit: Zahlen zum vereinten Deutschland, https://www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/35-Jahre-Deutsche-Einheit/_inhalt.html (28.5.2026).

Statistisches Bundesamt Destatis (2025b): Bevölkerung im Erwerbsalter sowie Seniorinnen und Senioren, https://www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Demografischer-Wandel/Aspekte/demografie-altenquotient.html (28.5.2026).

Statistisches Bundesamt Destatis (2026): Lautzenhausen ist mit einem Altersdurchschnitt von 33,7 Jahren die jüngste Gemeinde Deutschlands, https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/Zahl-der-Woche/2025/PD25_39_p002.html (28.5.2026).

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2026): Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung, https://www.statistikportal.de/de/vgrdl/ergebnisse-laenderebene/bruttoinlandsprodukt-bruttowertschoepfung/bip#9517 (26.5.2026).

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2025): Statistisches Taschenbuch 2025 Mecklenburg-Vorpommern: Kennziffer Z011T 2025 00, Schwerin, https://www.laiv-mv.de/static/LAIV/Statistik/Dateien/Publikationen/Statistisches%20Jahrbuch/Aktuell%20nach%20Kapiteln/Z011T%20Aktuell%20(Online).pdf (29.5.2026).

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2026): Zahlenspiegel Mecklenburg-Vorpommern März 2026: Kennziffer ZSP1 2026 03, Schwerin, https://www.laiv-mv.de/static/LAIV/Statistik/Dateien/Publikationen/Zahlenspiegel/2026/ZSP1%202026%2003.pdf (29.5.2026).

VU (Vereinigung der Unternehmensverbände für Mecklenburg-Vorpommern e. V.) (2025): Die Lage ist schlecht – die Erwartungshaltung an die Regierenden in Schwerin und Berlin ist hoch! Jahresausblick 2025: Ergebnisse der VU-Verbandsumfrage, Schwerin, https://www.vumv.de/aktuelles/artikel/vu-jahresausblick-zur-wirtschaftlichen-entwicklung-2025-in-mecklenburg-vorpommern.html?file=files/vumv/downloads/aktuelles/VU-Jahresausblick-2025.pdf (29.5.2026).

VU (Vereinigung der Unternehmensverbände für Mecklenburg-Vorpommern e. V.) (2026): Stimmungswechsel in Sicht? Jahresausblick 2026: Ergebnisse der VU-Verbandsumfrage, Schwerin, https://www.vumv.de/aktuelles/artikel/vu-jahresausblick-2026-wirtschaft-in-mecklenburg-vorpommern-verharrt-im-abwartemodus-politik-muss-jetzt-liefern.html?file=files/vumv/VU_Jahresausblick_der_Wirtschaft_in_MV_2026.pdf (29.5.2026).

Anhang A: Parlamentarische Anträge und Kleine Anfragen

Tab. A1

Gesamtstruktur wirtschaftspolitischer Initiativen in der 8. Wahlperiode (2021–2026)

Themenfelder	**Anträge** (Wirtschaft)	**%** (Anträge/alle Wirtschaftsanträge)	**Kleine Anfragen** (Wirtschaft)	**%** (Kleine Anfragen/ alle Kleinen Anfragen zu Wirtschaft)
Energie- und Klimapolitik	109	48,6	239	40,9
Wirtschafts- und Industriepolitik	60	26,8	164	28,1
Arbeitsmarkt- und Fachkräftepolitik	34	15,2	139	23,8
Infrastruktur und Investitionen	30	13,4	42	7,1
Regional- und Strukturpolitik	16	7,1	34	5,8
Mittelstand, Innovation, Digitalisierung	15	6,7	35	6,0
MV-Gesamt	**224** (27,18 % aller Anträge)	**117,8**	**584** (18,19 % aller Kleinen Anfragen)	**111,7**

Anmerkung: Die prozentualen Anteile beziehen sich auf Mehrfachkodierungen einzelner Initiativen nach Themenfeldern. Da eine Initiative mehreren Kategorien zugeordnet werden kann, summieren sich die Anteile auf über 100 Prozent.

Quelle: eigene Darstellung basierend auf Parlamentarischen Informationsdiensten des Landtags Mecklenburg-Vorpommern.

Insgesamt wurden in der 8. Legislaturperiode (2021–2026) 824 parlamentarische Anträge gestellt; davon bezogen sich 224, also 27,18 Prozent, im weiteren Sinne auf das Feld der Wirtschaftspolitik (vgl. Tabelle A1). Unter den 3.210 Kleinen Anfragen lassen sich 584 (18,19 Prozent) dem Feld der Wirtschaftspolitik zuordnen. Damit wird deutlich, dass wirtschaftspolitische Fragestellungen im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern ein zentrales Politikfeld darstellen.

Besonders hervorzuheben ist die Energie- und Klimapolitik, die sowohl bei Anträgen (109) als auch bei Kleinen Anfragen (239) mit Abstand den größten Anteil ausmacht. Dies weist auf die hohe Bedeutung energiepolitischer Fragen für den Wirtschaftsstandort Mecklenburg-Vorpommern hin, insbesondere im Kontext von Transformation, Energiepreisen und Infrastruktur. Ebenfalls relevant sind die klassische Wirtschafts- und Industriepolitik (60 Anträge, 164 Kleine Anfragen) sowie arbeitsmarkt- und fachkräftepolitische Themen (34 Anträge, 139 Kleine Anfragen), die eng mit strukturellen Herausforderungen wie dem Fachkräftemangel und der industriellen Entwicklung verknüpft sind. Demgegenüber treten Themen wie Innovation, Digitalisierung sowie Regional- und Strukturpolitik zahlenmäßig deutlich zurück.

Ein weiterer zentraler Befund ergibt sich aus der Verteilung der Initiativen auf die Fraktionen (vgl. Tabelle A2). Während Anträge überwiegend von den Regierungsfraktionen eingebracht werden, dominieren bei den Kleinen Anfragen klar die Oppositionsfraktionen, insbesondere die AfD (255 Kleine Anfragen) und die CDU (95 Kleine Anfragen). Das ist der typischen funktionalen Arbeitsteilung im parlamentarischen System geschuldet: Anträge dienen vor allem der aktiven politischen Gestaltung durch Regierungsfraktionen (vgl. Tabelle A-3), während Kleine Anfragen ein zentrales Kontroll- und Profilierungsinstrument der Opposition darstellen.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass sich wirtschaftspolitische Positionierungen im Landtag nicht nur in programmatischen Dokumenten, sondern auch in erheblichem Maße im parlamentarischen Handeln widerspiegeln. Gleichzeitig wird deutlich, dass die Schwerpunktsetzung zwischen den Parteien variiert: Während Regierungsfraktionen stärker auf gestaltende Instrumente wie Anträge zurückgreifen, setzen Oppositionsfraktionen insbesondere auf Kleine Anfragen, um wirtschaftspolitische Themen anzugehen und sich politisch zu profilieren. Besonders häufig werden dabei sowohl seitens der Opposition als auch der Regierung die Energie- und Klimapolitik sowie die Wirtschafts- und Industriepolitik thematisiert.

Tab. A2

Fraktionsbezogene Aktivität in der 8. Wahlperiode (2021–2026)

Dimension	Fraktion	Anträge	Anteil (%)	Kleine Anfragen	Anteil (%)
Regierung	SPD und Die Linke	35	16,7	–	–
Opposition	AfD	54	25,7	255	47,4
	CDU	50	23,8	95	17,6
	Grüne	42	20,0	107	19,9
	FDP	29	13,8	73	13,6
	Die Linke (einzeln)	–	–	8	1,5
MV-Gesamt		**210**		**538**	

Anmerkung: Die Auswertung berücksichtigt ausschließlich eindeutig einer Fraktion zuordenbare Initiativen. Die wenigen fraktionsübergreifenden Initiativen sowie die Initiativen fraktionsloser Abgeordneter wurden zur Vermeidung von Mehrfachzählungen und zur besseren Anschaulichkeit ausgeschlossen, wodurch die Gesamtwerte geringer ausfielen.

Quelle: eigene Darstellung basierend auf Parlamentarischen Informationsdiensten des Landtags Mecklenburg-Vorpommern.

Tab. A3

Wirtschaftspolitische Anträge der Regierung (SPD und Die Linke) in der 8. Wahlperiode (2021–2026)

Themenfeld	Anzahl Anträge	Anteil (%)
Wirtschafts- und Industriepolitik	11	23,4
Arbeitsmarkt- und Fachkräftepolitik	7	14,9
Infrastruktur und Investitionen	5	10,6
Energie- und Klimapolitik	18	38,3
Mittelstand, Innovation, internationale Kooperation	1	2,1
Digitalisierung	–	–
Regional- und Strukturpolitik	5	10,6

Quelle: eigene Darstellung basierend auf Parlamentarischen Informationsdiensten des Landtags Mecklenburg-Vorpommern.

Anhang B: Interviewübersicht

Im Rahmen der Studie wurden zehn Interviews durchgeführt, die dazu beitragen sollten, die vorhandenen Studien, Analysen und Datensätze mit den Erfahrungen, Erkenntnissen und Interessenlagen wirtschaftlich relevanter Akteure in Mecklenburg-Vorpommern abzugleichen (vgl. Tabelle B1). In diesem Sinne bilden die Interviews eine heuristische Grundlage für die Entwicklung der Szenarien.

Die Interviews wurden im Zeitraum von 7. bis 27.5.2026 per Zoom durchgeführt. Befragt wurden Interessenvertreter:innen der Beschäftigten und der Wirtschaft. Basis der Gespräche war ein offener Interviewleitfaden, der die Bewertung der wirtschaftlichen Entwicklung und ihrer Potenziale in Mecklenburg-Vorpommern thematisierte. Die Gespräche dauerten zwischen 60 und 90 Minuten. Sie wurden aufgezeichnet, transkribiert und anschließend inhaltsanalytisch ausgewertet. Ausgewählte anonymisierte Aussagen aus den Gesprächen finden sich im Text, um gewonnene Erkenntnisse und Entwicklungen plastisch zu illustrieren.

Tab. B1

Geführte Interviews

Organisation	Datum
Beschäftigte (IB)	
DGB	12.5.2026
IG Metall	7.5.2026
Arbeitgeber und Wirtschaft (IW)	
Automobilzulieferernetzwerk	13.5.2026
DEHOGA	19.5.2026
IHK 1	26.5.2026
IHK 2	18.5.2026
Landesverband Erneuerbare Energien MV	27.5.2026
MV Tourismus GmbH	13.5.2026
Vereinigung der Unternehmensverbände für Mecklenburg-Vorpommern	8.5.2026
Wirtschaftsfördergesellschaft	21.5.2026

Quelle: eigene Darstellung.

Anhang C: Instrumente

Tab. C1

Instrumente

Politikfeld	Instrument	SPD	Linke	CDU	AfD
Strukturpolitik	Förderung der Ansiedlung innovativer Unternehmen	+	+	+	+
	Förderung von Branchennetzwerken und industriellen Clustern	+	*	*	+
	Aufbau von Rechenzentren	+	*	+	+
	Ausbau der Häfen und Hinterlandanbindung	+	+	+	*
	Förderung junger Unternehmer:innen	+	+	*	+
	Tourismusprogramme	+	+	*	+
	Einrichtung von PV-Anlagen außerhalb von landwirtschaftlichen Flächen	*	+	*	+
	Einrichtung eines Mindestabstandes von Windkraftanlagen zu Wohngebieten	+	+	+	+
	Digitalisierungsförderung Unternehmen	+	+	+	*
	Breitband- bzw. Digitalinfrastruktur	+	+	+	+
	Schaffung nichtkommerzieller WLAN-Netzwerke	*	+	*	*
	Gründung von Kompetenzzentren	+	+	*	*
	Glasfaserausbau beschleunigen	+	+	+	+
Arbeitspolitik	Ausbildungsprämien	*	*	+	+
	Fachkräfteinitiativen	+	+	+	+
	Weiterbildung bzw. Qualifizierung fördern	+	+	+	+
	Zukunftsbündnis MV weiterführen	+	+	*	*
	Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen	+	+	*	*
	Stärkung Tarifbindung	+	+	*	*
	Betriebsratsbildung stärken	+	+	*	*
	Gewerkschaften stärken	+	+	*	*
Staats-modernisierung	Verschärfte Förderkriterien bei öffentlichen Ausschreibungen	+	+	*	–
	Bürokratieabbau bzw. Genehmigungsbeschleunigung	+	+	+	+
	Verwaltungsdigitalisierung	+	+	+	+
	Vereinheitlichung Verwaltungszugang	+	+	+	*

Anmerkung: + explizit befürwortet – explizit abgelehnt * nicht erwähnt

Quelle: eigene Darstellung basierend auf den wirtschaftspolitischen Programmen und Wahlprogrammen der vier stärksten im Landtag Mecklenburg-Vorpommern vertretenen Parteien.

Über die Autor:innen

Prof. Dr. Wolfgang Schroeder hat den Lehrstuhl „Politisches System der BRD – Staatlichkeit im Wandel“ an der Universität Kassel inne. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehören neben Wirtschaftspolitik u. a. Parteien- sowie Verbände- und Gewerkschaftsforschung. Wolfgang Schroeder ist Research Fellow am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) in der Abteilung „Demokratie und Demokratisierung“ und Vorsitzender des Progressiven Zentrums. 2009 bis 2014 war er Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familien des Landes Brandenburg.

Saara Inkinen ist Sozialwissenschaftlerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fachgebiet „Politisches System der BRD – Staatlichkeit im Wandel“ an der Universität Kassel sowie Gastwissenschaftlerin des Zentrums für Zivilgesellschaftsforschung am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Zu ihren Schwerpunkten zählen Methoden der Sozialforschung, politische Institutionen sowie der Zusammenhang von Wirtschaft und Demokratie.

PD Dr. Samuel Greef ist Politologe und Privatdozent am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Kassel. Er forscht zu den Schwerpunkten Staatsmodernisierung, Digitalpolitik, staatliche Steuerung, Arbeitsbeziehungen, Rechtspopulismus, Zivilgesellschaft sowie organisierte Interessen.

Jan-Lukas Gruhler ist Politikwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachgebiet „Politisches System der BRD – Staatlichkeit im Wandel“ an der Universität Kassel. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten zählen Wirtschaftspolitik, Staatsmodernisierung, Arbeitsbeziehungen sowie Gewerkschafts- und Verbändeforschung.

Für einen neuen Wachstumspakt –
Szenarien zur wirtschaftlichen Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns

Wie kann Mecklenburg-Vorpommern seine wirtschaftlichen Potenziale in Zeiten von Fachkräftemangel, demografischem Wandel und globalen Umbrüchen nutzen? Die Studie analysiert die wirtschaftliche Ausgangslage des Landes und untersucht die wirtschaftspolitischen Leitbilder der vier gegenwärtig umfragestärksten im Landtag vertretenen Parteien. Daraus werden drei mögliche Entwicklungsszenarien für MV abgeleitet – Stabilität, Wachstum, Stagnation. Im Mittelpunkt steht die Frage, unter welchen Bedingungen ein neuer Wachstumspakt gelingen kann. Die Untersuchung zeigt: Wirtschaftlicher Erfolg hängt nicht allein von einzelnen Maßnahmen ab, sondern vor allem von politischer Koordination, staatlicher Handlungsfähigkeit und breiter gesellschaftlicher Unterstützung.

Weitere Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung finden Sie hier:
↗ **www.fes.de/publikationen**

Friedrich Ebert Stiftung